

Flüchtlinge haben Rechte



Sozialdezernent Thomas Paal ist es wichtig, dass die von Abschiebung bedrohten Roma ihre Rechte besser wahrnehmen.

Münster - Über 302 in Münster lebenden Roma schwebt seit August das Damoklesschwert der Abschiebung, Grundlage dafür ist ein staatliches Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kosovo über die Rückführung von Bürgerkriegsflüchtlingen. Die meisten der Betroffenen leben seit Jahren in Münster, viele ihrer Kinder sind hier geboren und haben das Heimatland der Eltern noch nie besucht. WN-Redakteurin Karin Völker sprach mit dem münsterischen Sozialdezernenten Thomas Paal über die Situation der Roma und die Möglichkeiten der Stadt Münster, auf die drohenden Abschiebungen Einfluss zu nehmen.

Der Rat hat in seiner letzten Sitzung einstimmig eine Resolution gegen die drohende Abschiebung der in Münster lebenden Roma aus dem Kosovo verabschiedet. Hat sich die Situation dadurch verändert?

Paal: Die Rechtslage ist unverändert. Allerdings ist die Einmütigkeit des Appells aus unserem Rat schon bemerkenswert. Meines Wissens hat auch keine andere Kommune im Land eine ähnliche Resolution beschlossen.

Könnte die Kommune darüber hinaus überhaupt etwas gegen die Abschiebung ausrichten?

Paal: Wir können als Kommune zwar keine generelle Regelung treffen, wollen aber auch nicht die Hände in den Schoß legen. Wichtig ist, dass die betroffenen Roma ihre Rechte besser wahrnehmen. Die Kommunen erteilen die Aufenthaltserlaubnisse. Und bei der Einzelfallprüfung gibt es durchaus einigen Spielraum.

Sie sagen, die jetzt von Abschiebung Bedrohten schöpfen diesen juristischen Spielraum gar nicht voll aus?

Paal: Ich habe den Eindruck, dass dies zumindest für einige Familien zutrifft. Und ich war erschüttert, dass viele der Betroffenen offenbar rechtlich nicht besonders gut beraten werden. Nur ein Beispiel: Neulich hat eine Roma-Familie aus Münster vor dem Verwaltungsgericht gegen die drohende Abschiebung geklagt - aber es wurden vom Anwalt keine Argumente dagegen vorgebracht. Erst mit der Beschwerde gegen die Entscheidung legte die Familie die Zeugnisse ihrer Kinder vor, aus denen hervorging, dass die Kinder regelmäßig und erfolgreich die Schule hier besucht haben. Das hat uns gereicht, die Abschiebung auszusetzen, was wir sofort dem Oberverwaltungsgericht mitgeteilt haben.

Würden ähnliche Schulzeugnisse auch bei der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis eine Rolle spielen?

Paal: Natürlich, es muss ja gar nicht erst zur gerichtlichen Auseinandersetzung kommen. In einem solchen Fall würden wir zunächst prüfen, ob wir für die Kinder eine Aufenthaltserlaubnis erteilen können. Das würden wir natürlich im Interesse der Kinder sehr wohlwollend prüfen. Die Eltern würden dann den Schutz der Familie nach Artikel 6 Grundgesetz genießen. Dies ist nur eine der Möglichkeiten, im Einzelfall eine Abschiebung zunächst zu vermeiden. Jede der jetzt betroffenen Familien sollte sich genau überlegen, welche Gründe im persönlichen Umfeld gegen ihre Abschiebung sprechen. *Es steht also bei der Stadt Münster durchaus eine Tür für die Roma offen?*

Paal: Nüchtern betrachtet, wenden wir „nur“ das Recht an. Wir in der Verwaltung stehen ja nicht auf dem Standpunkt, dass die Menschen abgeschoben werden sollen. Dort, wo gute Gründe gegen eine Abschiebung sprechen, müssen sie genannt und berücksichtigt werden. Das ist unsere Aufgabe. Wir wollen jedem zu seinem Recht verhelfen.

Das alles klingt nicht so, als begrüßten Sie die jetzt geschaffene Gesetzeslage, nach der die Kosovo-stämmigen Roma ausreisen müssen.

Paal: Ich war zwar selbst nicht im Kosovo, aber es gibt glaubhafte Berichte über die dortige Situation. Und die ist absolut nicht akzeptabel. Das Land ist nicht auf die Aufnahme vieler Ex-Flüchtlinge eingerichtet. Das zeigt ja schon die Tatsache, dass zwischen den Staaten vereinbart wurde, die Menschen in kleinen Gruppen in größerem zeitlichen Abständen zurückzuschicken.

Bedeutet das, dass die Roma in Münster in allernächster Zukunft nicht fürchten müssen, abgeschoben zu werden?

Paal: Vor Dezember wird sicher nichts unternommen. Und bis dahin sollten die Familien die Zeit nutzen, bei der Ausländerbehörde ihre Rechte auszuschöpfen. Auf politischer Ebene kann nur in Berlin eine andere Entscheidung herbeigeführt und eine dauerhafte humanitäre Lösung gefunden werden.

Als im Landtag in Düsseldorf kürzlich über das Thema diskutiert wurde, zeigte sich, dass eine breite Mehrheit die Abschiebung offenbar grundsätzlich befürwortet.

Paal: Es mag ja sein, dass manche Roma-Familien nicht die größten Anstrengungen unternehmen, sich in unsere Gesellschaft zu integrieren. Aber unsere bisherige Praxis der Kettenduldungen, ohne Chance auf eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis und ein normales Leben außerhalb einer Flüchtlingsunterkunft, ist ja auch kein wirkliches Integrationsangebot.

Viele der Familien sind jetzt etwa zehn Jahren hier.

Paal: Eben, und für die meisten ihrer Kinder ist Münster das Zuhause. Mir ist der Blick auf die Kinder wirklich wichtig. Und wenn die Eltern, aus welchen Gründen auch immer, nicht mit dem regelmäßigen Schulbesuch ihrer Kinder bei den Behörden argumentieren, könnten ja auch die Schulen selbst aktiv werden. Auch in diesem Fall würden wir den Fall prüfen - und möglicherweise zumindest einen Aufschub erwirken. Bis hoffentlich politisch eine Lösung gefunden wird.

18 · 10 · 09

WERBUNG

URL: http://www.westfaelische-nachrichten.de/lokales/muenster/nachrichten/1142613_Fluechtlinge_haben_Rechte.html

© Westfälische Nachrichten - Alle Rechte vorbehalten 2009